Datenschutzpolitik

Warum ist der Datenschutz in den letzten Monaten in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt? Die Vermutung liegt nahe, dass es die öffentlichen Skandale der letzten Monate gewesen sind, die die Notwendigkeit einer Verbesserung des Datenschutzes auf die politische Agenda gesetzt haben. Zur Erinnerung: Es war der Missbrauch von Kundendaten durch Call-Center, Banken, Adresshändler und Werbefirmen. Es war die extensive Ausweitung der Videoüberwachung in öffentlichen Verkaufsstellen und am Arbeitsplatz. Es war nicht zuletzt die gezielte Ausforschung von Kunden durch die Deutsche Telekom, die eine massive Vertrauenskrise der Verbraucher in die Rechtstreue der Wirtschaft manifest gemacht haben. Von Compliance kann keine Rede sein.

Skandale sind regelmäßig nur die Spitze eines Eisberges. Die Aufsichtsbehörden für den Datenschutz im öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich haben seit Jahren auf die Missstände aufmerksam gemacht und eine umfassende Modernisierung des Datenschutzes gefordert:

Die Forderung nach einer Modernisierung betrifft im Kern eine *Vereinfachung des Datenschutzrechts*, das sich von einem Recht der informationellen Enteignung zu einem Schutzrecht der informationellen Selbstbestimmung entwickeln muss. Anstatt das Datenschutzrecht mit zahlreichen Ausnahmetatbeständen zu einem Tummelplatz für Fachexperten und Schlupfloch-Sucher zu machen, kann es durch eine Stärkung des Prinzips der Einwilligung erheblich vereinfacht und zu Gunsten der Betroffenen wirksamer werden.

Die Vereinfachung des Datenschutzrechts muss flankiert werden durch eine *Stärkung der Datenschutzaufsicht*. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Missstände im Bereich des Datenschutzes in den seltensten Fällen nicht durch die Aufsichtsbehörden selbst, sondern durch Dritte aufgedeckt und bekannt gemacht worden sind. Offensichtlich können die Aufsichtsbehörden aufgrund ihrer personellen und sachlichen Ausstattung lediglich reagieren und keine ausreichende präventive Durchschlagskraft entfalten.

Ein effizientes Datenschutzrecht setzt vor allem auch *präventive Mechanismen* voraus. Die Datenschutzbeauftragten erwarten seit Jahren die Vorlage einer Auditregelung, mit der ein datenschutzkonformes Verhalten der Unternehmen werbewirksam ausgezeichnet werden kann. Ein derartiges Konzept wird seit Jahren in Schleswig-Holstein erfolgreich praktiziert: Es ist mittlerweile so erfolgreich, dass es sogar eine nachhaltige Nachfrage nach diesem Gütesiegel durch den Weltmarktführer in Sachen Software – Microsoft, USA, erzeugt hat. Und nicht nur das: Mittlerweile ist das Gütesiegelkonzept auch auf Europäischer Ebene unter dem Namen Europrise etabliert, die ersten Zertifikate sind erstellt und vergeben worden. Dem Vernehmen nach sind über 40 Zertifizierungsanträge in der Bearbeitung. Was erfolgreich ist, sollte erhalten und ausgebaut, aber nicht unterlaufen werden.

Vor diesem Hintergrund ist es schwer verständlich, warum die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegt, der sich nicht an diesen erfolgreichen Erfahrungen der Datenschutzauditierung orientiert, sondern im Gegenteil die guten Erfahrungen konterkariert. Ist dies Unwissenheit oder Absicht? Wäre es lediglich Unwissenheit, dann wäre dies grob fahrlässig, weil die Fakten seit Jahren in Berlin vorgetragen und bekannt sind. Wenn es Absicht wäre, dann würde die Bundesregierung alten und letztlich verhängnisvollen Mustern folgen: Nach Außen wird das Lied des Datenschutzes gesungen und „hinter den Kulissen“ wird mit den „Schwerenötern“ Händchen gehalten, um erfolgreiche präventive Mechanismen zu verhindern. Nicht mehr, sondern weniger Prävention wäre die Folge – zu Lasten des Datenschutzes der betroffenen Verbraucher.

Wer auf jede Form einer präventiven Qualitätssicherung im Bereich von Audit- und Gütesiegel verzichtet, *will* dem Missbrauch Tor und Tür öffnen. Er zeigt, dass er aus den Skandalen der letzten Monate nicht lernen will. Ein „weiter so“ wird das Vertrauen der Verbraucher in den von der Wirtschaft praktizierten Datenschutz nicht wiederherstellen, obwohl die gesetzestreue datenverarbeitende Wirtschaft genau dieses benötigt.

Johann Bizer